



Grenzen des Neoliberalismus

Der Wandel des Liberalismus
im späten 20. Jahrhundert

Herausgegeben von
Frank Bösch, Thomas Hertfelder
und Gabriele Metzler

Geschichte

Franz Steiner Verlag

Bösch | Hertfelder | Metzler
Grenzen des Neoliberalismus

ZEITHISTORISCHE IMPULSE | Band 13

Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Grenzen des Neoliberalismus

Der Wandel des Liberalismus
im späten 20. Jahrhundert

Herausgegeben von
Frank Bösch, Thomas Hertfelder
und Gabriele Metzler



Franz Steiner Verlag

Die Stiftung wird vom Bund finanziert mit Mitteln aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Abbildungsnachweis: Frankfurter Altstadt mit Skyline 2012
Foto: Thomas Wolf, www.sehenswertes-frankfurt.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [<http://dnb.d-nb.de>](http://dnb.d-nb.de) abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-12085-2 (Print)

ISBN 978-3-515-12092-0 (E-Book)

Vorwort

Die Geschichte des Liberalismus im 20. Jahrhundert ist – anders als die des Jahrhunderts zuvor – in der historischen Forschung ein noch wenig bearbeitetes Feld. Aus naheliegenden Gründen hat das „Zeitalter der Extreme“ die Aufmerksamkeit zunächst vor allem auf die totalitäre Herausforderung des Jahrhunderts gelenkt; seine liberalen Traditionslinien blieben entsprechend unterbelichtet. Als sich der Liberalismus in der zweiten Jahrhunderthälfte vor allem in Gestalt des *consensus liberalism* zur ideologischen Grundausstattung der westlichen Welt entwickelte, verlor er zugleich an Trennschärfe und Kontroverspotenzial. Die liberalen Demokratien des Westens sahen sich jedenfalls primär von außen bedroht und feierten im Zusammenbruch der sozialistischen Welt 1989/90 vor allem einen Sieg des eigenen liberalen Selbstverständnisses.

Dieser Blick auf den Liberalismus hat sich seitdem grundlegend geändert. Die von neoliberalen Ansätzen ausgelöste Dynamik der vergangenen Jahrzehnte hat mit dazu beigetragen, dass der Liberalismus *insgesamt* nicht erst im Zuge der Weltfinanzkrise unter Druck geriet, während in jüngster Zeit neue populistische Bewegungen die liberale Demokratie und Gesellschaftsordnung von Grund auf in Frage stellen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus seit rund fünf Jahren einen Forschungsschwerpunkt zur Geschichte des Liberalismus im 20. Jahrhundert. Nach einem internationalen Auftaktkolloquium¹ und einer Folgetagung zum Liberalismus in der Zwi-

¹ Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015.

schenkriegszeit² veranstaltete die Stiftung am 3.–4. November 2016 am Zentrum für Zeithistorische Forschung ein Kolloquium zum Wandel des Liberalismus im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Die Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, die unterschiedlichen Dynamiken, die diesen Wandel kennzeichnen, erstmals im Zusammenhang und vorwiegend am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen und dabei die Grenzen der neoliberalen Transformation auszuloten. Der vorliegende Band präsentiert die vielfältigen Erträge der Diskussionen, die wir auf diesem Kolloquium geführt haben.

Einer Reihe von Personen und Institutionen, die uns bei Planung und Organisation der Tagung sowie der Redaktion des vorliegenden Bandes kräftig unterstützt haben, sind wir zu besonderem Dank verpflichtet: Der Beirat der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus hat die konzeptionelle Vorbereitung des Kolloquiums mit seiner Expertise begleitet. Judith Koettnitz, M. A., hat auf vielen Ebenen für die perfekte Organisation des Kolloquiums am Zentrum für Zeithistorische Forschung gesorgt. Christian Kloos, Judith Koettnitz, Nina Kremer und Dario Scherffig haben uns bei der Redaktion der Texte wertvolle Hilfe geleistet. Der Franz Steiner Verlag in Stuttgart hat die Drucklegung und Publikation des Buches auf ebenso zügige wie professionelle Weise vorangetrieben. Vor allem aber hat sich der Austausch mit den Autorinnen und Autoren als überaus fruchtbar erwiesen: Sie haben am meisten zum Gelingen dieses Buches beigetragen. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Potsdam, Stuttgart und Berlin im März 2018
Frank Bösch, Thomas Hertfelder, Gabriele Metzler

2 Ernst Wolfgang Becker / Jens Hacke (Hg.): Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Krise, Reform, Neuansätze, www.theodor-heuss-haus.de/heuss-forum/theodor-heuss-kolloquium-2015/.

Inhalt

Einleitung

- 13 *Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler*
Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus
im späten 20. Jahrhundert

Großbritannien und der Liberalismus in der Bundesrepublik

- 39 *Frank Bösch*
Krisenkinder. Neoliberale, die Grünen und der Wandel
des Politischen in den 1970er und 1980er Jahren
- 61 *Wencke Meteling*
Statt Phoenix nur Asche. Thatchers wirtschaftspolitisches
Experiment 1979–1982 in der deutsch-britischen Pressekritik
- 93 *Sina Fabian*
Der Yuppie. Projektionen des neoliberalen Wandels

Konzepte wirtschaftspolitischen Handelns

- 121 *Dierk Hoffmann*
Wirtschaftsliberalismus bei den Grünen? Von der Kapitalismuskritik der Gründungsphase bis zur Riester-Rente
- 149 *Thomas Handschuhmacher*
Eine „neoliberale“ Verheißung. Das politische Projekt der „Entstaatlichung“ in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre

Liberalisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik?

- 179 *Marc Buggeln*
Gab es eine neoliberale Wende in der Steuerpolitik? Der Umgang von FDP und CDU/CSU mit den öffentlichen Finanzen in den 1970er und 1980er Jahren
- 213 *Ralf Abrens*
Der Interventionsstaat auf dem Rückzug? Industriepolitik im Bundeswirtschaftsministerium von Friderichs bis Bangemann
- 239 *Philipp Ther*
Europäische Transformationen. Über Schocktherapien, Demokratie und Populismus nach 1989

Linksliberale Ikonen

- 261 *Thomas Hertfelder*
Neoliberalismus oder neuer Liberalismus? Ralf Dahrendorfs soziologische Zeitdiagnostik im späten 20. Jahrhundert
- 295 *Jacob S. Eder*
Eine linksliberale „Ikone“. Hildegard Hamm-Brücher und der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert

**Sicherheit statt Freiheit?
Herausforderungen des liberalen Rechtsstaats**

- 319 *Gabriele Metzler*
„Im Zweifel für die Freiheit“? Innere Sicherheit und Rechtsstaat
bei liberalen Innenministern
- 341 *Larry Frohman*
Über die Schwierigkeit, im Informationszeitalter liberal zu sein.
Datenschutz, Datenzugang und die Grenzen der Sicherheit
- 365 Die Autorinnen und Autoren des Bandes
- 367 Personenregister

Einleitung

Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert

Der Liberalismus veränderte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts rasant und wurde international durch neue Spannungslinien herausgefordert.¹ Wenngleich er auch vorher vielfältige Strömungen vereinte, kam es nach 1970 in mehrfacher Hinsicht zu einer Ausdifferenzierung und Transformation. Dies gilt zunächst für die Profilierung des *sozialen Liberalismus*, der, wie die neuere Forschung betont, die Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts bis in die siebziger Jahre hinein besonders nachhaltig bestimmt hat.² Diese Spielart des Liberalismus konnte sich in Deutschland auf so unterschiedliche Traditionen wie den sozialen Liberalismus Friedrich Naumanns,³ die sozial-

1 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.): *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015; Dieter Langewiesche: *Liberalismus heute – historisch gesehen*, in: Ders.: *Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder – Zukunftsvisionen – Bildungskonzeptionen*, hg. v. Friedrich Lenger, Bonn 2003, S. 206–231; aus ideengeschichtlicher Perspektive Edmund Fawcett: *Liberalism. The Life of an Idea*, Princeton/Oxford 2014, S. 368–407; Eckart Conze: *Eine liberale Ära? Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik zwischen „Machtwechsel“ und „Wiedervereinigung“*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 29 (2017), S. 9–22.

2 Vgl. die in Anm. 1 genannte Literatur sowie Tony Judt / Timothy Snyder: *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 384 f; Tim B. Müller: *Die liberale und soziale Demokratie als handlungsleitende Ordnungsvorstellung nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium* 2015, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2015_mueller [28.2.2018]; zur Tradition des sozialen Liberalismus vgl. Karl Holl / Günter Trautmann / Hans Vorländer (Hg.): *Sozialer Liberalismus*, Göttingen 1986.

3 Vgl. Thomas Hertfelder: *Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland*, Stuttgart 2013.

staatliche Expertise der Weimarer Republik,⁴ den US-amerikanischen New Deal⁵ und allenfalls partiell auf den Ordoliberalismus⁶ beziehen. Mit den „Freiburger Thesen“ der FDP 1971 wurde sie unter Begriffen wie „Demokratisierung der Gesellschaft“ und „Reform des Kapitalismus“ programmatisch ratifiziert, geriet aber alsbald in die Defensive. Denn in scharfer Abgrenzung dazu gewannen seit den siebziger Jahren zweitens *markliberale Ansätze* rasant an Bedeutung, die den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsensus kritisierten, mit Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA die Leitlinien einer neuen Politik bestimmten und vor allem von ihren Kritikern als „neoliberal“ bezeichnet wurden.⁷ Auch in der Bundesrepublik fanden derartige Ansätze rasch Gehör, wengleich oft in kritischer Distanz zu den angelsächsischen Vorbildern. Doch nicht allein in politisch-ideeller, sondern auch in lebensweltlicher Perspektive lassen sich Transformationen des Liberalismus zu dieser Zeit beobachten. So profilierten sich drittens auch *linksliberale Milieus* neu. Liberale Grundideen diffundierten im Zuge der oft postulierten „Fundamentalliberalisierung“ in die Gesellschaft⁸ und veränderten Leitideen, Wertewelten und Lebensstile. Zugleich wiederum waren es in

4 Vgl. Tim B. Müller: Die Geburt des Sozial-Liberalismus aus dem Geist der Verwaltung, in: Doering-Manteuffel/Leonhard, *Liberalismus*, S. 127–155; Ders.: Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der Weimarer Republik, in: Ders. / Adam Tooze (Hg.): *Normativität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 259–293.

5 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert. Abriss einer historischen Phänomenologie, in: Dies. (Hg.), *Liberalismus*, S. 13–31.

6 So sehen Doering-Manteuffel und Leonhard im Ordoliberalismus „die deutsche Spielart des transnational wirksamen atlantischen consensus liberalism“, Doering-Manteuffel/Leonhard, *Liberalismus*, S. 26; vgl. dagegen die Kritik an den Traditionslinien des deutschen Ordoliberalismus bei Ralf Ptak: *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen 2004. Auch Michael Hochgeschwender: *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, S. 587, verweist auf die Grenzen der Aneignung des Konsensliberalismus im (Links-)Liberalismus der Bundesrepublik.

7 Vgl. z.B. exemplarisch Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2010; Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Frankfurt 2013; Philipp Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Frankfurt 2014; Ders.: *Der Neoliberalismus, Version: 1.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 05.07.2016, http://docupedia.de/zg/Ther_neoliberalismus_v1_de_2016 [20.02.2018].

8 Vgl. Ulrich Herbert (Hg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002; Axel Schildt: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 1999; Ders. / Detlef Siegfried: *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 179 ff.

der Bundesrepublik gerade liberale Innenminister, die zum *Schutz der „inneren Sicherheit“* im Zuge der Bekämpfung des Terrorismus Einschränkungen an rechtsstaatlichen Freiheitsgarantien vornahmen. Datenschutz wie auch Datenerfassung wurden so bereits in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik zu Projekten liberaler Innenpolitik, die das Verhältnis von Staat und Individuum zum Thema eines spannungsreichen Aushandlungsprozesses werden ließen.⁹ Dies alles sorgte einerseits für eine neuartige Präsenz liberaler Vorstellungen in Politik und Gesellschaft, andererseits verloren die Liberalen und der Liberalismus durch diese Fragmentierung, Diffundierung und nicht zuletzt durch öffentliche Kritik an Profil.

Der vorliegende Band hat sich zum Ziel gesetzt, diese Veränderungen und Ausdifferenzierungen des Liberalismus im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zwar unter vorwiegend politikgeschichtlicher Perspektive zu analysieren, dabei jedoch den Fokus über den organisierten Parteiliberalismus hinaus¹⁰ auf den seit den 1970er Jahren zu beobachtenden Wandel des Politischen überhaupt zu richten. Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik bieten prägnante Anschauung für diesen Wandel des Liberalismus, weshalb der Fokus dieses Bandes auf deutschen Entwicklungen liegt. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Veränderungen, weit über die Bundesrepublik hinaus, besteht darin, dass die vielfach beschriebenen Prozesse soziokultureller Pluralisierung und Liberalisierung vor dem Hintergrund divergierender Deutungen der Krise der Wachstumsgesellschaft in eine sukzessive Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Ökonomie, Regierung und Subjekt, Gesellschaft und Individuum einmündeten.¹¹ Diese fundamentalen Rahmenverschiebun-

9 Vgl. Klaus Weinbauer: Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre: Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 219–242; Achim Saube: Von „Ruhe und Ordnung“ zur „inneren Sicherheit“. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 9 (2010), H. 2, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2010/id=4674> [20.02.2018], Druckausgabe: S. 170–187; Stephan Scheiper: Innere Sicherheit. Politische Anti-Terror-Konzepte in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er Jahre, Paderborn 2010.

10 Vgl. hierzu aktuell die Beiträge im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017) mit dem Themenschwerpunkt „Die Ära Genscher-Lambsdorff 1969–1992“.

11 Anselm Doering-Manteuffel: Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/2014, S. 321–348, hier S. 341–348; Wendy Brown: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2015; aus der Perspektive der Diskussion über Politik in der „Moderne“: Gabriele Metzler: Probleme politischen Handelns im Übergang zur Zweiten Moderne. Krisendiskurse und Neuausrichtung der Institutionen in den 1970er Jahren, in: Ulrich Beck / Martin Mulso (Hg.): Geschichte und Zukunft der Moderne, Frankfurt a. M. 2014, S. 232–272.

gen haben sich in buchstäblich alle Sozialverhältnisse eingeschrieben¹² und wurden in ihrer zeitgenössischen Reflexion je nach Standort des Betrachters mit Begriffen wie „Postmoderne“, „Neue Unübersichtlichkeit“, „Steigerung von Komplexität“, „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ oder „Reflexive Moderne“ umrissen.¹³ Auf dem politischen Feld fand dieser Wandel in der Bundesrepublik in der Formierung neuer sozialer Bewegungen,¹⁴ in der Gründung der Grünen als Anti-Parteien-Partei¹⁵ sowie in der Karriere des Begriffs der Zivilgesellschaft¹⁶ seinen besonders sichtbaren Ausdruck. Unter einer solchen Perspektive des Wandels des Politischen geraten dominante Reaktionsweisen auf die Krise des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsenses, das sich verändernde Verständnis von Staatlichkeit, die Rolle von Experten, die Ausformulierung neuer Leitsemantiken wie „Markt“ und „innere Sicherheit“ sowie schließlich auch zeittypische Sozialfiguren wie die des „Yuppie“ in den Blick. An ihnen lassen sich Wandel und Ausdifferenzierung des Liberalismus wie an einer Sonde ablesen.

Damit ist die Frage angesprochen, was überhaupt unter „Liberalismus“ – zweifelsohne ein „umbrella term“¹⁷ – im späten 20. Jahrhundert gefasst werden kann. Die neuere Liberalismus-Forschung hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Liberalismus nicht essentialistisch als ein fixes Set von Ideen begriffen werden kann, sondern vielmehr als eine in sich variable Konfiguration von Annahmen und Präferenzen zu begreifen ist: die der Rationalität, der Individualität, des Fortschritts, der Begrenzung und Zurechenbarkeit von Macht, der Toleranz und des Pluralismus, des Universalismus von Rech-

12 Vgl. die Bestandsaufnahme bei Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael / Thomas Schlemmer (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016.

13 Vgl. Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990/91*, München 2006, S. 421–429; Andreas Rödder: *21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015, S. 94–141, 379–392, spricht in Anlehnung an Erving Goffman von „Rahmenverschiebungen“; Ariane Leendertz / Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M. 2016.

14 Vgl. Roland Roth / Dieter Rucht (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt a. M./New York 2008.

15 Vgl. Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. *Die Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011.

16 Vgl. Saskia Richter: *Zivilgesellschaft – Überlegungen zu einem interdisziplinären Konzept*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 08.03.2016, http://docupedia.de/zg/richter_zivilgesellschaft_v1_de_2016 [19.12.2017].

17 So Stephen Holmes: *Passions and Constraint. On the Theory of Liberal Democracy*, Chicago 1995, S. 237.

ten, näherhin des Verfassungs- und Rechtsstaats, der individuellen Freiheit, des „government by discussion“, der Selbstorganisation der Gesellschaft, individueller Eigentumsrechte sowie marktförmiger Austauschbeziehungen. Diese in sich variable Konfiguration ist in historisch veränderlichen national-kulturellen Kontexten und über „kritische Abgrenzungskämpfe“ gegenüber konkurrierenden Bewegungen zu bestimmen.¹⁸

Für das ausgehende 20. Jahrhundert gerät eine solche relationale Bestimmung des Liberalismus jedoch in Schwierigkeiten, weil klassische Gegenpositionen wie die des realen Sozialismus oder des traditionellen Konservatismus zumindest phasenweise das Feld geräumt haben und sich das gesamte relevante Spektrum (etwa in der Bundesrepublik der 2000er Jahre) als mehr oder weniger „liberal“ verstand. Bei näherem Hinsehen geraten freilich nicht nur die jüngst erstarkenden dezidiert antiliberalen Strömungen in der Bundesrepublik und anderen europäisch-transatlantischen Gesellschaften in den Blick. Vielmehr zeichnen sich genau hier neue Bruchlinien und Deutungskonflikte ab, die sich an den öffentlichen Debatten der letzten Jahre etwa zu folgenden zunächst normativ gefassten, dann aber zu historisierenden Fragen ablesen lassen: Entsprechen Regierungstechniken, die im Namen von Terrorabwehr und innerer Sicherheit elementare Persönlichkeitsrechte einschränken oder beseitigen, noch dem Selbstverständnis der „liberalen Demokratie“? In welchem Verhältnis steht die Auslagerung politischer Entscheidungen in außerparlamentarische Expertengremien zu liberalen Postulaten der Repräsentation und Öffentlichkeit? Stehen die autoritären Methoden neoliberaler Wirtschaftsreform vielleicht dem technokratischen Konservatismus näher als dem klassischen Liberalismus? Was bleibt vom liberalen Universalismus gleicher Rechte, wenn deren Gewährung reziprok zur Übernahme von Pflichten gedacht wird (so in kommunitaristisch inspirierten Konzeptionen eines „Dritten Weges“ um die Jahrtausendwende) oder die Chance ihrer Inanspruchnahme zu einer Frage individueller Sozillagen gerät? Solche Überlegungen, die auch in einzelnen Beiträgen dieses Bandes aufgegriffen werden, verweisen auf eine These dieses Bandes: Die neoliberale Herausforderung des späten 20. Jahrhunderts gilt nicht nur dem wohlfahrtsstaatlichen Konsensus, wie er sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der westlichen Welt stabilisiert hatte, sondern damit auch jener ideenpolitischen Konfiguration, die (etwa über prominente Protagonisten wie John Maynard Keynes und Wil-

18 Doering-Manteuffel/Leonhard, *Liberalismus*, S. 17; Michael Freeden: *Europäische Liberalismen*, in: *Merkur* 65 (2011), S. 1028–1046, hier S. 1029f; Ders.: *Liberalism. A Very Short Introduction*, Oxford 2015, S. 14–16, 37–54; Holmes, *Passions*, S. 13–41.

liam Beveridge¹⁹) an diesem Konsensus mächtig mitgewirkt hat – dem Liberalismus selbst. Ist der Neoliberalismus noch als legitimer Abkömmling der „liberalen Familie“ zu betrachten?²⁰

Analytisch gesehen umkreisen wir mit dem Begriff „Liberalismus“ Deutungsmuster, die dem Individuum eine möglichst große Freiheit gegenüber dem Staat einräumen wollen. „Die Lebenschancen des Einzelnen zu erweitern“, wurde im Anschluss an Ralf Dahrendorf auch als historisch tauglicher Grundsatz des Liberalismus gefasst.²¹ Danach berufen sich Liberale etwa – wie oben ausgeführt – auf die Selbstbestimmungsfähigkeit des Individuums durch Vernunft, auf Rechtsförmigkeit von Verfahren, auf die Fähigkeit der offenen Gesellschaft zur Selbstorganisation, auf eine frei von Zensur und Gängelung diskutierende Öffentlichkeit und auf die Selbstregulierung der Ökonomie durch den Markt.²² Die Probleme, die derartige Definitionen mit sich bringen, liegen auf der Hand: etwa die Unschärfe von umschreibenden Begriffen wie „Freiheit“ oder „Selbstregulierung“, sowie die Vielzahl an konkurrierenden Definitionen. Obendrein wird der Begriff „liberal“ alltags-sprachlich ubiquitär benutzt, um eine tolerante und freigeistige Haltung zu umschreiben.

Wie sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Semantiken der Worte „Liberalismus“ und „liberal“ veränderten, ist begriffsgeschichtlich bisher kaum untersucht. Denn die großen Studien zur Begriffsgeschichte des Liberalismus aus den 1970/80er Jahren bezogen sich vor allem auf die Zeit bis zum Nationalsozialismus und sind mittlerweile selbst als Teil der Zeitgeschichte zu historisieren.²³ Eine kursorische Durchsicht von Lexika und politischen Programmen deutet jedoch zumindest verschiedene diskursive Konjunkturen an. In den beiden Nachkriegsjahrzehnten wurde der Begriff „liberal“ kaum gebraucht – eine Reaktion auf die Krise des Liberalismus nach dem Ersten Weltkrieg, die anti-liberale Kritik vor 1945 und die Assoziation

19 Dass sich Keynes und Beveridge als Liberale sahen, wird oft übersehen, vgl. dazu z. B. Ralf Dahrendorf: *Der moderne soziale Konflikt*, München 1994, S. 258–267.

20 Diese Frage verneint z. B. Freedon, *Liberalism*, S. 108–111, zum Bild der Familie S. 3. In diese Richtung argumentieren auch Judt/Snyder, *Nachdenken*, im letzten, „Die Banalität des Guten“ überschriebenen Kapitel ihres Buches (S. 333–387).

21 So Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1988, S. 7, anschließend an: Ralf Dahrendorf: *Die Chancen der Krise*, Stuttgart 1983, S. 37.

22 So die meisten Definition; vgl. etwa Theo Schiller, Art. *Liberalismus*, in: Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, München 1998, S. 489–494.

23 Vgl. Rudolf Vierhaus, *Liberalismus*; in: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache*, Bd. 3, Stuttgart 1983, S. 741–785.

des Begriffs mit bürgerlichen Schichten. Insofern vermied selbst die FDP – wie schon ihre Weimarer Vorläufer – das Wort „liberal“ in ihrem Namen.²⁴ Stattdessen dominierten in der politischen Sprache der 1950er Jahre Begriffe wie „Freiheit“, „Mitte“ oder „Nation“, ebenso das Wort „Marktwirtschaft“ statt „Ordo“- oder „Neoliberalismus“. Im ersten Grundsatzprogramm der FDP von 1957 findet sich bezeichnenderweise nur einmal das Wort „liberal“, und das nur ganz beiläufig („liberale Kulturgeseinnung“).²⁵ Ausgerechnet in der DDR verwendete dagegen eine Blockpartei, die LDPD, das Wort „liberal“ im Namen. In der offiziellen Sprache der DDR meinte der Begriff „Liberalismus“ freilich vor allem das Eintreten für Freiheiten zur Sicherung der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie. Und die umgangssprachliche Bedeutung von „liberal“ definierte Meyers Neues Lexikon aus Leipzig 1974 als „opportunistisches prinzipienloses Verhalten“, um positive Alltagskonnotationen auszulöschen.²⁶

Seit den späten 1960er Jahren zeichnete sich hingegen in Westdeutschland eine Renaissance und Umdeutung des Begriffs ab, die sozial und politisch wirkungsmächtig wurde. Bereits der Erfolgsbegriff „sozial-liberale Koalition“ ist nicht als selbstverständlich anzusehen. Hier wurde bewusst das Wort „liberal“ aufgegriffen, um den angestrebten Reformgeist zu unterstreichen. Während große Lexika, wie der Brockhaus 1955, den Liberalismus noch eher als kompetitives Eintreten für die „freie Entfaltung der Anlagen und Kräfte des Einzelnen“ umschrieben hatten²⁷, fassten die Einträge der 1980er Jahre „liberal“ übereinstimmend als reformorientierte weltanschauliche Haltung, die für neuere Denkweisen und Experimente aufgeschlossen sei. Diese würde überkommene Normen „vorurteilslos kritisch“ betrachten sowie für „die größtmögliche Freiheit des Individuums eintreten“, so Meyers Lexikon 1983

24 Vgl. hierzu markant Theodor Heuss: Rede auf dem Gründungstreffen der FDP vom 10./11. Dezember 1948, zit. in: Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei (Hg.): Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F. D. P., Bonn 1973, S. 13 ff, sowie die Redenotizen in: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Nachlass Theodor Heuss, N 1221, 27 (= Bundesarchiv); vgl. auch Ernst Wolfgang Becker: Ein Intellektueller für die Vitrine? – Theodor Heuss und die Neubegründung des Liberalismus in Deutschland 1945–1949, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2008), S. 29–45; Peter Jüling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim am Glan 1977.

25 Berliner Programm der Freien Demokratischen Partei 1957, in: http://www.thomas-dehler-stiftung.de/files/288/1957_Berliner_Programm.pdf [20.2.2018].

26 Meyers Neues Lexikon, Leipzig 1974, Bd. 8, S. 525.

27 Der Große Brockhaus, Bd. 7, Wiesbaden 1955, S. 216.

und der Brockhaus von 1990.²⁸ Der handlungsbezogene Begriff der Reform ersetzte dabei den früheren prozessualen Terminus „Fortschritt.“

Die FDP hatte sich den Begriff zwischen 1967 und 1971 zunehmend zu eigen gemacht, ihn programmatisch ratifiziert und seinen Bedeutungswandel dynamisiert. In ihren Freiburger Thesen 1971 sah sie sich als Hüter und Wahrer der „Tradition des klassischen Liberalismus“ und positionierte sich zugleich in Richtung eines reformorientierten „Sozialen Liberalismus“.²⁹ Ebenso wie ihre folgenden Programme bis Mitte der 1980er Jahre verwiesen sie nun einerseits historisch auf die Errungenschaften von 1789 und 1848. Andererseits verbanden sie den Liberalismus ausdifferenziert und zukunftsbezogen mit dem Eintreten „für Fortschritt durch Vernunft“, die „Demokratisierung der Gesellschaft“ und „die Reform des Kapitalismus“.³⁰ Bei der Bundestagswahl 1976 definierte die FDP den Liberalismus als Eintreten für „Freiheit und Menschenwürde“. Auch die Jungen Liberalen, die neue Jugendorganisation der FDP seit 1982, nutzten nun den Begriff „liberal“, den ihre Vorgänger, die Jungdemokraten, noch im Namen gemieden hatten. Der Liberalismus wurde nun also zu einem offensiv eingesetzten Reformbegriff, der durch weitere Zusätze spezifiziert wurde. Nicht zuletzt wurde „liberal“ gegen den Vorwurf „sozialistischer“ Politik, die bürgerliche Kreise der SPD unterstellten, in Stellung gebracht: Mit den Liberalen, so das Argument, würde der vermeintliche Sozialismus der SPD in Zaum gehalten. Dies war wohl auch ein strategisches Manöver, um die Koalition und vor allem die hoch umstrittene, gemeinsam getragene Entspannungspolitik innenpolitisch abzusichern.³¹

„Liberal“ blieb bei alledem ein vages Buzzwort. Laut Umfragen bewerteten die meisten Menschen den Begriff „liberal“ in den 1970er Jahren sehr positiv und assoziierten ihn mit der FDP, konnten das Wort aber kaum konkret füllen.³² Öffentlich hatte der Begriff Konjunktur, um rechtsstaatliche Grund-

²⁸ Meyers Großes Universallexikon, Bd. 8, Mannheim 1983, S. 487; Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 13, Mannheim 1990, S. 345.

²⁹ Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik 1971, S. 6, www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1971freiburgerthesen.pdf [20.02.2018]. Zur programmatischen Vorgeschichte vgl. noch immer Heino Kaack: Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meisenheim 1979, S. 33–46.

³⁰ Vgl. Hans Vorländer: Der soziale Liberalismus der F.D.P., in: Holl/Trautmann/Vorländer, Sozialer Liberalismus, S. 190–226; Hertfelder, Von Naumann, S. 58–69.

³¹ Besonders auffällig tritt dies im Wahlprogramm der F.D.P. von 1972 zu Tage, in dem die Partei die Bedürftigkeit der SPD an „liberaler Kontrolle“ betont: Wahlaufzur Bundestagswahl 1972 der Freien Demokratischen Partei, „Vorfahrt für Vernunft“, beschlossen vom Bundesvorstand in Frankfurt a. M. am 1. Oktober 1972, <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/02/1972aufzurbundestagswahl.pdf> [7.2.2018].

³² Vgl. Langewiesche, Liberalismus, S. 299.

sätze, Toleranz oder ökonomische Freiheiten zu beschreiben. Laut einer Umfrage von 1985 verbanden drei Viertel der Befragten mit dem Begriff „liberal/tolerant“, dafür einzutreten, dass alle Staatsbürger gleiche Rechte haben und alle Religionen gleich geachtet werden.³³ Immerhin über die Hälfte assoziierte „freien Wettbewerb und dass die Leistung des einzelnen zählt“. Die Konkurrenzparteien benutzten den Begriff hingegen kaum: Die Grundsatzprogramme der CDU (1978), der Grünen (1980) oder auch der SPD (1989) mieden ihn, wohl gerade weil er mit der FDP verbunden wurde. Dennoch diffundierte der Begriff in dem folgenden Jahrzehnt über die Parteigrenzen: So betonte die CDU seit den 1990er Jahren als eine ihrer Wurzeln die liberale Tradition in ihren Programmen und Selbstdarstellungen.³⁴

Indes ist nicht zu übersehen, dass der Begriff „liberal“ seit den 1990er Jahren wieder an Bedeutung verlor. Digitale Volltextsuchen, wie Google Ngram, unterstreichen diesen Eindruck. Ebenso fällt auf, dass die FDP-Führung sich weiterhin als „Liberale“ umschrieb, aber dies in ihren Programmen kaum noch genauer definierte. Zudem verschwanden seit den 1990er Jahren die historischen Verweise auf die Geschichte des Liberalismus. Als Ziel liberaler Politik nannte sie die „Sicherung und Erweiterung der Freiheit“ und die Zurückdrängung des Staats.³⁵ Doch während das Begriffsfeld „liberal“ nun wieder an Bedeutung verlor, erlangten die Begriffe „neo“- oder „linksliberal“ neue Prominenz. „Linksliberal“ wurde zunehmend ein Begriff, der sozialdemokratische oder grüne Akteure mit umschloss, die für eine Erweiterung der klassischen Freiheitsrechte, sozialen Ausgleich und ein selbstbestimmtes Leben eintraten. Beide Begriffe, „neo“- und „linksliberal“, stehen auch in diesem Buch im Mittelpunkt.

1. Siegeszug des Neoliberalismus

Wenngleich er ältere Wurzeln hatte, gewann der Neoliberalismus seit den späten 1970er Jahren als spezifische Reaktion auf die Krise des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsenses und die Pluralisierung des politischen Feldes

³³ Vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demokratie 1984–1992, Bd. 9, S. 73.

³⁴ Vgl. etwa Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit in Verantwortung“ 1994, S. 4, www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1994_Grundsatzprogramm_Hamburg.pdf [20.02.2018].

³⁵ Zit. FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Liberal denken. Leistung wählen, Programm der FDP zur Bundestagswahl 1994, Bonn 1994, S. 64.

unverkennbar an Gewicht und überlagerte sozialliberale Strömungen.³⁶ Die Verleihung des Nobelpreises für Ökonomie an Friedrich August von Hayek 1974 zertifizierte aus Sicht der Neoliberalen das Scheitern keynesianischer Ansätze und symbolisierte einen lange erhofften Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Auch der Begriff selbst trat jetzt erst schrittweise in den öffentlichen Diskurs ein. Zu den konstitutiven Merkmalen neoliberaler Politik gehörte, dass sie sich nicht allein auf die Ökonomie im engeren Sinne bezog, sondern eine gesellschaftliche Ausbreitung von Markt und Wettbewerb in andere gesellschaftliche Bereiche forderte. Der Rückzug des Staates sollte alle Lebensbereiche gleichermaßen erfassen und transformieren.³⁷ Damit wurden neoliberale Ideen auch anschlussfähig an konservative Diskurse im Zeichen der „Tendenzwende“ gegen die Neue Linke.³⁸ Der Entgrenzung der Marktlogik und der „Entbettung“ der Ökonomie entsprach die Tendenz zur Kommodifizierung aller erdenklichen materiellen und immateriellen Güter – von der Kommunikation über die Bildung bis hin zur Gesundheit. Wenn im Zeichen neoliberaler Reformen in Großbritannien und in den USA Bürger zunehmend als Konsumenten, Kunden, potenzielle Unternehmer und Humankapital adressiert wurden, veränderten sich nicht nur die Formen der Subjektivierung.³⁹ Auch die liberale Demokratie wechselte ihren *modus operandi*:⁴⁰ Häufiger als zuvor wurden seit den späten 1980er Jahren Entscheidungen, die im Parlament zu treffen wären, in Expertengremien und transnationale Institutionen ausgelagert.

Trotz seiner Omnipräsenz ist der Terminus „Neoliberalismus“ alles andere als unumstritten.⁴¹ Begriffsgeschichtlich gesehen, war sein Gehalt wandelbar. Als der Begriff „Neoliberalismus“ 1938 auf dem *Colloque Walter Lippmann* in Paris geprägt wurde, wollten einige seiner Protagonisten damit durchaus die Rolle des Staates beim Setzen von Rahmenbedingungen akzentuieren. Doch schon hier traten Trennlinien zwischen streng marktliberalen Kräften und jenen, die eher nach einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozia-

36 Zur Diskussion unterschiedlicher Definitionsansätze von „Neoliberalismus“ vgl. den Beitrag von Marc Buggeln in diesem Band.

37 Vgl. David Harvey: *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford/New York 2005; Thomas Biebricher: *Neoliberalismus zur Einführung*, Hamburg 2012; Brown, *Revolution*, S. 29–37, die davon ihre eigene, an Foucault orientierte Definition abgrenzt.

38 Vgl. Iris Karabelas: *Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik*, Frankfurt/New York 2010, S. 155–196.

39 Vgl. Richard Sennett: *Der flexible Mensch*, Berlin 2006; Ulrich Bröckling: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt 2007.

40 Vgl. Brown, *Revolution*.

41 Vgl. zum Folgenden auch Biebricher, *Neoliberalismus*, S. 9–49.

lismus suchten, offen zu Tage.⁴² In der Bundesrepublik diente der Begriff in den vierziger und fünfziger Jahren der Selbstverortung ordoliberaler Konzeptionen und umschrieb Ansätze der Sozialen Marktwirtschaft, die ebenfalls einen als diskreditiert geltenden „klassischen“ Liberalismus erneuern wollten. In der Mont Pèlerin Society differierten die Konzepte entsprechend, was mit Abspaltungen einherging.

Es waren wohl spezifisch deutsche Erfahrungen, die dazu führten, dass „Neoliberalismus“ in der Bundesrepublik noch einmal anders rezipiert und verhandelt wurde als in anderen vergleichbaren westeuropäischen Gesellschaften oder in den USA. Gegen die These eines neoliberalen Siegeszugs spräche demnach, erstens, dass die Praxis der „sozialen Marktwirtschaft“ sich seit den fünfziger Jahren sukzessive von den Dogmen ihrer ordoliberalen Vordenker löste und sich zügig in Richtung einer korporativen Marktwirtschaft entwickelte,⁴³ in der allerdings Wettbewerb und Produktivität weiterhin eine zentrale Stellung einnahmen. Diese ordoliberale Spur war es, die Michel Foucault am Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik zu einer Zeit fasziniert und ihm zufolge seine Landsleute „erschreckt“ hat,⁴⁴ als die Verfolgung ordoliberaler Prinzipien in der Bundesrepublik gemessen an den Vorstellungen ihrer Urheber nur noch mit Mühe erkennbar war.⁴⁵ Gegen Foucault, der den Ordoliberalismus viel zu sehr beim Wort nahm, könnte man argumentieren, dass sich gerade der ökonomische Pragmatismus der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik, der unter der elastischen Formel der „sozialen Marktwirtschaft“ in der Regel auf Verhandlung und Ausgleich bedacht war, aller ordoliberaler

42 Vgl. Philip Plickert: *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der Mont Pèlerin Society*, Stuttgart 2008, S. 87–106.

43 Vgl. Werner Abelshauser: *Umbruch und Persistenz. Das deutsche Produktionsregime in historischer Perspektive*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 503–523; Ders.: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945*, Bonn 2004; Matthias Bohlender: *Die historische Wette des Liberalismus. Die Geburt der Sozialen Marktwirtschaft*, in: *Ästhetik & Kommunikation* 36 (2005), S. 121–129.

44 Michel Foucault: *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*, Frankfurt 2004, S. 251. Foucaults Verhältnis zum Neoliberalismus ist, wie Brown, *Revolution*, S. 61, bemerkt, ambivalent; bezeichnenderweise dient Foucaults Analyse des Ordoliberalismus Jan-Otmar Hesse und Frieder Vogelmann dazu, diesen vom Stigma des Autoritären zu befreien, vgl. Jan-Otmar Hesse / Frieder Vogelmann (Hg.): *Zum Begriff des Staates im Ordoliberalismus und bei Michel Foucault*, in: Hans-Helmuth Gander / Niels Goldschmidt / Uwe Dathe: *Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft: Edmund Husserl – Rudolf Eucken – Walter Eucken – Michel Foucault*, Würzburg 2009, S. 127–143.

45 Dies übersieht David Stedman Jones: *Masters of the Universe. Hayek, Friedman and the Birth of the Neoliberal Politics*, Princeton 2012, S. 121–126, der die bundesdeutsche „soziale Marktwirtschaft“ in eine fugenlose Kontinuität mit dem neueren Neoliberalismus stellt.

Rhetorik zum Trotz nur wenig anfällig zeigte für neoliberale Exzesse. Zum andern lassen sich neoliberale Praktiken im ausgehenden 20. Jahrhundert – etwa die Deregulierung der Finanzmärkte, die Kommodifizierung aller Güter und die Vermarktlichung aller Lebensbereiche⁴⁶ – mit den Ideen der deutschen Ordoliberalen nur schwer in Einklang bringen: Für die meisten Ordoliberalen definierten gerade die Begrenzung des Marktes, seine institutionelle wie ethische Einrahmung sowie die Pflege gesellschaftlicher Bindekräfte das spezifisch Neue an ihrem so verstandenen „Neoliberalismus“.⁴⁷ Andererseits lässt sich nicht bestreiten, dass die Übergänge zwischen ordoliberaler und neoliberaler Rhetorik fließend sind und sich ordolibérale Argumentationen als trojanische Pferde zur Durchsetzung einer neoliberalen Agenda geradezu anbieten.⁴⁸ Man kann den Ordoliberalismus in seinem historischen Wandel als eine spezifisch deutsche Variante des Neoliberalismus verstehen, wenn man die Spezifika, die beide unterscheiden, unterbelichtet; die Begriffe gehen jedenfalls nicht ohne weiteres ineinander auf.

Der zweite Einwand, „Neoliberalismus“ sei vor allem eine politische Kampfvokabel, die seine Gegner in Stellung gebracht haben, ist durchaus ernst zu nehmen. Es ist bezeichnend, dass etwa Margaret Thatcher dieses Wort nicht benutzte und in Deutschland der FAZ-Gründungs-herausgeber Erich Welter die Verwendung des Terminus explizit untersagte.⁴⁹ Selbst wichtige Vordenker wie Milton Friedman stellten nicht den Begriff in den Vordergrund, sondern setzten auf simple, marktpopulistisch ausgerichtete

⁴⁶ Vgl. Ralf Ahrens / Marcus Böick / Marcel vom Lehn: Vermarktlichung. Zeithistorische Perspektiven auf ein umkämpftes Feld, in: *Zeithistorische Forschungen*, 12 (2015), H. 3, S. 393–402, sowie die einschlägigen Beiträge in diesem Themenheft.

⁴⁷ Dies hat bereits Foucault, *Geburt*, S. 335 f, gesehen; vgl. auch Biebricher, *Neoliberalismus*, S. 43 f. Eine ordolibérale Kritik am neueren Neoliberalismus hat Wolfgang Kersting formuliert: *Kritik des Wirtschaftsliberalismus. Markt und Moral*, in: *Mittelweg* 36 2/2010, S. 3–34; ob der Ordoliberalismus mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes tatsächlich unvereinbar ist, wie Ralf Ptak: *Das Staatsverständnis im Ordoliberalismus. Eine theoriegeschichtliche Analyse mit aktuellem Ausblick*, in: Biebricher, *Staat*, S. 31–73, hier S. 62, meint, sei dahingestellt.

⁴⁸ Fließend sind die Übergänge zwischen ordo- und neoliberaler Rhetorik z. B. in der Einführung, die Otto Graf Lambsdorff 1990 zur Neuauflage von Friedrich August von Hayeks *Klassiker „Der Weg zur Knechtschaft“* verfasst hat, Otto Graf Lambsdorff: *Einführung zur Neuauflage 1990*, in: Friedrich August von Hayek: *Der Weg zur Knechtschaft*, München 2009, S. 5–13.

⁴⁹ Vgl. Peter Hoeres: *Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft in der FAZ*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 29 (2017), S. 265–281, S. 267.

Botschaften.⁵⁰ Bereits in den 1950er Jahren erschien er vereinzelt als Schmähbegriff⁵¹, aber erst seit den 1980er Jahren wurde er, wie der „Thatcherismus“ und die „Wende“, zu einem Kampfbegriff der Kritiker. Dennoch spricht dies nicht gegen seine Verwendung in wissenschaftlichen Analysen. Denn häufig genug operieren die Geschichts- und Sozialwissenschaften mit Begriffen, die im *politischen* Feld in denunziatorischer Absicht verwendet werden, ohne dass dabei ihr analytisches Potenzial deshalb über Bord gehen muss. Allerdings sollte der Begriff „neoliberal“ bei einer analytischen Verwendung ohne den normativen Überschuss von beiden Seiten nüchtern als ein wirtschaftspolitisches Modell verstanden werden, im Sinne einer marktliberalen Ordnung. Dabei ist offen zu prüfen, wie sich Zuschreibungen, Programmatiken und Praktiken zueinander verhalten. Wie bei anderen Gesellschaftsmodellen ist der Neoliberalismus als ein Ideal zu fassen, das auch seine Verfechter als nicht voll umgesetzt betrachten, womit sie fortbestehende ökonomische Probleme erklären.⁵² Insofern ist der Neoliberalismus zunächst ein Anspruch, eine Behauptung, deren Umsetzung stets einen graduellen Charakter hat, der genauer auszumachen ist.

Schließlich lässt sich drittens dem Begriff Neoliberalismus entgegenhalten, dass er keine in sich konsistente Konzeption bezeichne und „unterschiedliche Idiome“ pflege,⁵³ dass zudem Theorie und Praxis neoliberaler Politik oft erheblich auseinanderklafften und die proteushafte Vielgestaltigkeit neoliberaler Praxis somit begründete Zweifel an der Tauglichkeit des Begriffs erlaube. In der Tat liegen zwischen den Politiken eines Augusto Pinochet, einer Margaret Thatcher, eines Leszek Balcerowicz und eines Gerhard Schröder halbe Welten. Dies verweist aber nur auf den banalen Umstand, dass sich neoliberale Konzeptionen – entgegen ihrem technokratischen Ansatz – wie jede erfolgreiche politische Ideologie in nationalkulturelle Traditionen, sozialstrukturelle Pfade und situative Spezifika einzupassen verstehen. Ähnlich

50 Eigener Befund nach Auswertung der Datenbank mit allen Reden und Texten Thatchers: <http://www.margarethatcher.org>. Zu Friedman: Sören Brandes: »Free to Choose«. Die Popularisierung des Neoliberalismus in Milton Friedmans Fernsehserie (1980/90), in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 12 (2015), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2015/id=5284> [28.2.2018], Druckausgabe: S. 526–533.

51 Vgl. Rudolf Walther: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe, S. 811.

52 Vgl. Vivien A. Schmidt / Mark Thatcher: Theorizing Ideational Continuity: The Resilience of Neo-Liberal Ideas in Europe, in: Dies. (Hg.): Resilient Liberalism in Europe's Political Economy, Cambridge 2013, S. 1–50, hier S. 7, 23 f.

53 Brown, Revolution, S. 20.

verhält es sich mit anderen Begriffen – wie dem Sozialismus, der zwischen Nachbarländern wie China und Nord-Korea denkbar unterschiedliche Spielarten erfährt.

Man kann mit Jamie Peck und anderen Autoren zwei Phasen neoliberaler Transformation unterscheiden: In der *Roll Back*-Phase haben konservative Regierungen vor allem in den USA und Großbritannien in den 1980er Jahren den erfolgreichen Versuch unternommen, die Strukturen und Arrangements des bis dahin sukzessive erweiterten Wohlfahrtsstaates einschließlich seiner weit reichenden ökonomischen Steuerungsinstrumente zurückzubauen und sie durch eine angebotsorientierte (Reagan) oder monetaristische (Thatcher) Wirtschaftspolitik zu ersetzen; dabei spielte die Annahme eines „Trickle Down“ des dadurch erzeugten Wachstums eine bestimmende Rolle.⁵⁴ In einer zweiten, *Roll Out*-Phase haben sich in den 1990er und frühen 2000er Jahren tendenziell „linke“ Regierungen wie die von Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder daran gemacht, nunmehr unter den Bedingungen der Globalisierung und Digitalisierung den Finanzmarkt weiter zu deregulieren, die globale Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts“ generell zu stärken, neue marktkonforme Regierungstechniken jenseits klassischer Staatlichkeit zu implementieren sowie ehemals staatliche Aufgaben an die Gesellschaft und an die Individuen zurück zu delegieren. Als kennzeichnend für diese *Roll-Out*-Phase gilt zudem die Umformatierung des paternalistischen zum aktivierenden Sozialstaat, die Auflegung von „welfare-to-work“-Programmen sowie eine neuartige, „Verantwortung“ und „Gemeinsinn“ betonende Rhetorik – alles in allem „an innovative blend of market oriented thinking and moderate social policies“.⁵⁵ Legt man dieses Phasenmodell zu Grunde, so liegt der Schwerpunkt des vorliegenden Bandes in der *Roll-Back*-Phase, also in der Zeit zwischen dem Antritt der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt 1974 und der 1998 erfolgten Abwahl der bürgerlich-liberalen Koalition in der Bundesrepublik; damit folgt der Band einer Arbeitshypothese der deutschen Zeitgeschichtsforschung, die von einer Zäsur Mitte der 1970er Jahre und ei-

⁵⁴ Im Folgenden nach Jamie Peck: *Constructions of Neoliberal Reason*, Oxford 2010, S. 22–24; Thomas Biebricher: Einleitung: Neoliberalismus und Staat – ziemlich beste Feinde, in: Ders., *Staat*, S. 9–27; Manfred B. Steger / Ravi K. Roy: *Neoliberalism. A Very Short Introduction*, Oxford/New York 2010, S. 21–75, die von „First-wave neoliberalism in the 1980s“ und „Second-wave neoliberalism in the 1990s“ sprechen. Aus der Perspektive der Politischen Ökonomie schlägt Streeck, *Gekaufte Zeit*, mit der Abfolge Steuerstaat – Schuldenstaat – Konsolidierungsstaat ein anderes Phasenmodell vor, das jedoch angesichts der in diesem Band verfolgten Fragestellung nicht zu Grunde gelegt wird.

⁵⁵ So Steger/Roy, *Neoliberalism*, S. 75.

ner „Binnenzäsur“ Mitte der 1990er Jahre ausgeht.⁵⁶ Die hier interessierende Frage also lautet, inwieweit die Politik der Kabinette Schmidt/Genscher und Kohl/Genscher einer neoliberalen Agenda im Sinne der *Roll-Back*-Phase folgten. Trägt das skizzierte Phasenschema auch für die Bundesrepublik?

Einige Beiträge dieses Bandes argumentieren, dass der Begriff des „Neoliberalismus“ gerade mit Blick auf diesen Abschnitt der bundesrepublikanischen Geschichte nicht überdehnt werden sollte. Nicht jede moderate Steuersenkung, nicht jeder Versuch einer Haushaltskonsolidierung, nicht jeder Appell an die individuelle Verantwortung ist natürlich per se „neoliberal“. Von einer „neoliberalen“ Reform kann man wohl erst dann sprechen, wenn sie sich als Moment eines *Projektes* begreifen lässt, das die grundlegende marktliberale *Transformation* von Gesellschaft, Ökonomie und Politik gleichermaßen zum Ziel hat. Wer vom Neoliberalismus spricht, meint nicht punktuelle Maßnahmen, sondern eine zielgerichtete, systemische Transformationsdynamik. Die Beiträge von *Thomas Handschuhmacher*, *Marc Buggeln* und *Ralf Ahrens* untersuchen daher mit der „Entstaatlichung“, der Steuerpolitik und der Industriepolitik Felder politischen Handelns in der Bundesrepublik, bei denen eine solche neoliberale Transformationsdynamik am ehesten zu vermuten wäre.

Gegenüber weit verbreiteten ideengeschichtlichen Herleitungen, die den Neoliberalismus „hegemonietheoretisch“ auf das Wirken prominenter Ökonomen und deren Denkschulen sowie einflussreicher Netzwerke wie der Mont Pèlerin Society zurückführen,⁵⁷ nehmen die Beiträge dieses Bandes vorwiegend politische Akteure und deren wirtschaftspolitisches Handeln in den Blick, und zwar vor dem Hintergrund des oben beschriebenen Wandels des Politischen. Als besonders fruchtbar erweist sich dabei die in Kapitel 1 von *Frank Bösch* und *Wencke Meteling* verfolgte deutsch-britische Perspektive im Kontext des eigentümlich zeitversetzten Durchbruchs neoliberaler Konzeptionen in beiden Ländern. So arbeitet *Frank Bösch* in seinem Beitrag die überraschenden strukturellen Bezüge heraus, die sich im Rückblick zwischen dem Thatcherismus in Großbritannien und dem Erfolg der Grünen bzw. des ökologischen Ansatzes in der Bundesrepublik feststellen lassen. Indem beide Bewegungen von einer umfassenden Krisendiagnose und Pathologisierung von Staat und Gesellschaft ausgingen, entwickelten sie, flankiert von Experten und getragen von mitunter religiös anmutenden Glaubensgewissheiten,

56 Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Boom S. 12; Lutz Raphael: Industriearbeit(er) nach dem Boom. Bundesrepublikanische Entwicklungen im westeuropäischen Vergleich, in: Sonja Levsen / Cornelius Torp (Hg.): *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westeuropäische Geschichte*, Göttingen 2016, S. 207–231, hier S. 210.

57 Vgl. z. B. Bernhard Walpen: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg 2004; Plickert, *Wandlungen*.

radikale Alternativen zur Überwindung des sozialökonomischen Status Quo. Doch während das Projekt der Grünen und ökologische Positionen in Westdeutschland schrittweise in die politische Kultur integriert wurden, geriet der Monetarismus, wie ihn Margret Thatcher als Regierungschefin seit 1979 betrieb, schon nach wenigen Jahren kompromisslosen Agierens unter Druck. In ihrem Beitrag „Statt Phoenix nur Asche“ betont *Wencke Meteling*, mit welcher Entschiedenheit Thatcher den Versuch vorantrieb, die britische Volkswirtschaft im Sinne eines von ihr und ihren Beratern eigenwillig interpretierten Monetarismus gegen vielfache Widerstände radikal umzusteuern. Während Kritiker im In- und Ausland auf die katastrophale Bilanz der ersten Thatcher-Jahre verwiesen, erhielt sie dafür Beifall nicht nur von dogmatischen Monetaristen, die ihre Lehre in einer für den Neoliberalismus wohl insgesamt charakteristischen Weise gegen Kritik immunisierten, sondern auch von deutschen Kommentatoren, die dem Ordoliberalismus nahe standen. Man könnte im Anschluss an diese Beobachtungen vermuten, dass der Bundesrepublik eine neoliberale Rosskur nach britischem Muster auch deshalb erspart blieb, weil sie einerseits in der Tradition des Ordoliberalismus schon immer stärker auf Wettbewerb und Produktivität setzte, andererseits mit den Instrumenten des „deutschen Produktionsregimes“ (Werner Abelshauser) auf das Krisenszenario der siebziger Jahre zunächst elastischer zu reagieren vermochte als das jenseits des Ärmelkanals der Fall war.⁵⁸ Aus denselben Gründen hat auch der Krisendiskurs der frühen 2000er Jahre zu vorschnellen Diagnosen über die Bundesrepublik als dem „kranken Mann Europas“ geführt.⁵⁹

Das zweite Kapitel, das sich ganz auf die Bundesrepublik konzentriert, geht vor diesem Hintergrund über den strukturellen Wandel des Politischen hinaus und fragt nach konkreten Konzepten wirtschaftspolitischen Handelns. Dabei fallen die zunächst als Protest- und Antipartei gegründeten Grünen

58 Stefan Eich und Adam Tooze sprechen für die siebziger Jahre vom „German model of social market monetarism“, das im Unterschied zum angelsächsischen nicht darauf abzielte, den Gewerkschaften das Rückgrat zu brechen, vgl. Stefan Eich / Adam Tooze: *The Great Inflation*, in: Doering-Manteuffel/Raphael, *Vorgeschichte*, S. 173–196, hier S. 185 f; vgl. ferner Raphael, *Industriearbeit(er)*, sowie mit Blick auf die bemerkenswerte Stabilität des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates in der Krise: Winfried Süß: *Umbau am „Modell Deutschland“*. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik „nach dem Boom“, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011), S. 215–240.

59 So etwa in der Streitschrift von Dominik Geppert: *Maggie Thatchers Rosskur – Ein Rezept für Deutschland?*, Berlin 2003; aus der Perspektive des Krisendiskurses der Jahrtausendwende um den Niedergang des Modells Deutschland bemängelte Geppert den mangelnden Reformwillen der Ära Kohl, um der Bundesrepublik eine „Rosskur“ à la Thatcher nahezulegen. Zu den vorschnellen Krisendiagnosen vgl. Thomas Hertfelder / Andreas Rödder (Hg.): *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2008.

ins Auge, die wie keine andere Gruppierung den Wandel des Politischen markieren und sich, wie *Dierk Hoffmann* zeigt, in den innerparteilich sehr kontrovers geführten Debatten zu einer grünen Wirtschaftspolitik durchaus neoliberalen Ansätzen annäherten. Die Zustimmung der Grünen als Regierungspartei zur Teilprivatisierung der Rentenversicherung markierte daher, so Hoffmanns These, keinen Bruch mit den sozialpolitischen Vorstellungen der Partei. Ohnehin deuten mittlerweile viele Indizien darauf hin, dass das neoliberale Subjekt bzw. das „unternehmerische Selbst“ auch und gerade im alternativen Milieu der Klein- und Kleinstunternehmer fruchtbaren Nährboden fand.⁶⁰

Am Beispiel der von der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Helmut Kohl programmatisch betriebenen Politik der „Entstaatlichung“ kann *Thomas Handschuhmacher* plausibel machen, wie die Debatte um Privatisierungen seit Mitte der siebziger Jahre an Dynamik gewonnen und schließlich in den achtziger Jahren Züge einer „neoliberalen Verheißung“ angenommen hat. Abgesichert wurde dieses Zukunftsprojekt zum einen durch die Denkfigur einer „Wiederherstellung“ ordoliberaler Vorstellungen von der Rolle des Staates in der älteren Tradition eines Walter Eucken, zum andern aber auch durch die Anknüpfung an Friedrich August von Hayeks Theorem vom Wettbewerb als ein „Entdeckungsverfahren“. Gleichwohl wurde die von Handschuhmacher analysierte Politik der „Entstaatlichung“ in der Bundesrepublik von vornherein weit weniger dogmatisch betrieben als in Großbritannien, sie blieb vielfach auf halbem Wege stecken und erschöpfte sich zuweilen auch nur in Rhetorik. Damit ist die Kernfrage nach den Grenzen aufgeworfen, die dem Neoliberalismus in der Bundesrepublik gesteckt waren. Trifft das Etikett „neoliberal“ für die bundesrepublikanische Wirtschaftspolitik im späten 20. Jahrhundert überhaupt zu?⁶¹

Als Kernelemente neoliberaler Wirtschaftspolitik gelten im Allgemeinen die Senkung der direkten Steuern und der Abbau von Subventionen, die im Mittelpunkt des dritten Kapitels stehen. *Marc Buggeln* argumentiert, dass der als „geistig-moralische Wende“ orchestrierte Regierungswechsel von 1982 *finanzpolitisch* keine deutliche Zäsur bedeute, habe die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung in den späten 1980er Jahren doch nur eine moderate

60 Vgl. Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Frankfurt a.M. 2004, S. 319 ff. Zum Einsickern von Leitideen der linken „68er“ in Managementtheorien vgl. die klassische Studie von Luc Boltanski / Ève Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003 (frz. Ausg. 1999).

61 Vgl. hierzu auch Martin Werding: Gab es eine neoliberale Wende? Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008) H. 2, S. 303–321.